

Elektrizitäts-Control GmbH

„3. Energie-Round Table“

„Erneuerbare Energieträger in Österreich“

„Potenziale der Gasliberalisierung“

Montag, 6. Mai 2002

Elektrizitäts-Control GmbH

In dieser Pressemappe finden Sie:

Inhaltsverzeichnis

Die Gesprächspartner

Ökostromziel: mit derzeitigen Regelungen nicht zu erreichen

Große Preisunterschiede beim Gas innerhalb von Österreich – sachlich nicht zu rechtfertigen

Weitere Informationen:

Elektrizitäts-Control GmbH
Mag. Bettina Ometzberger
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien
Tel.: 24 7 24-202
Fax: Fax: 24 7 24-900
e-mail: bettina.ometzberger@e-control.at
www.e-control.at

Elektrizitäts-Control GmbH

Als Gesprächspartner stehen Ihnen zur Verfügung:

DI Walter Boltz

Geschäftsführer Elektrizitäts-Control GmbH

Mag. Michael Schmöltzer

Abteilungsleiter Gas Elektrizitäts-Control GmbH

DI Christian Schönbauer

Abteilung Volkswirtschaft / Erneuerbare Energie Elektrizitäts-Control GmbH

Ökostromziel: mit derzeitigen Regelungen nicht zu erreichen

Bundeseinheitliche Regelung bringt Vorteile und Kostenersparnisse

Eine ausdrückliche Zielsetzung des EIWOG 2000 (Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz) ist Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie. Das bedeutet, dass der Anteil erneuerbarer Energien in der österreichischen Elektrizitätswirtschaft weiter erhöht werden muss. „Seit Oktober 2001 müssen zumindest 1 Prozent vom Strom-Endverbrauch in Ökoanlagen erzeugt werden, bis Oktober 2007 sind 4 Prozent verpflichtend. Zusätzlich müssen ab Jänner des heurigen Jahres zumindest 8 Prozent der elektrischen Energie aus Kleinwasserkraftwerken bezogen werden. Derzeit stammen über 70 Prozent der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, laut neuer Richtlinie der Europäischen Union zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen vom Oktober 2001 müssen dies in Österreich bis 2010 78 Prozent sein. Zudem ist Österreich verpflichtet, die Treibhausgase in Österreich um 13 % zu reduzieren.“

Ökostromziel wird nicht erreicht werden

„Derzeit gibt es in Österreich keine österreichweit einheitliche Ökostrom-Regelung, was mit enormen Nachteilen verbunden ist.“, kritisiert der Geschäftsführer der Elektrizitäts-Control GmbH, DI Walter Boltz. „Bleiben die jetzigen Regelungen bestehen, hat Österreich keine Chance, das Ökostromziel von 78 Prozent bis 2010 zu erreichen.“, ist Walter Boltz überzeugt.

Die Nachteile der jetzigen Regelungen

Das 4% Ziel für Ökoanlagen kann nicht in allen Bundesländern erreicht werden, daher wird auch das gesamtösterreichische Ziel verfehlt. Dort, wo die Potenziale vorhanden sind, werden diese nicht ausreichend genutzt.

Nur bei Verwendung der Windkraftpotenziale in Ostösterreich kann das 4% Ziel erreicht werden. Die östlichen Bundesländer werden aber nicht bereit sein, die Mehraufwendungen dafür alleine zu tragen (Ökostrom ist zumindest dreimal so teuer

wie konventionelle Stromerzeugung). Ein bundesweiter Lastenausgleich mit bundesweit einheitlichen Regelungen wäre erforderlich.

Bei Kleinwasserkraft ist zwar durch das Zertifikatsystem im Prinzip ein Lastenausgleich gegeben, dieser wird jedoch durch niedrige Ausgleichsabgaben (= Strafzahlung bei Nichterreichung der Zielquoten) in einigen Bundesländern „torpediert“. Daher ist auch der 8% Anteil an Kleinwasserkraft ohne bundeseinheitliche Regelungen mittel- und langfristig nicht gewährleistet.

Ein weiterer Schwachpunkt der gegenwärtigen Regelungen: Kleinwasserkraft ist im Vergleich zu anderen Ökoenergien wesentlich kostengünstiger, es wird aber keinerlei Anreiz für einen weiteren Ausbau geboten, zum Beispiel durch Revitalisierungen und Optimierungen bestehender Standorte sowie den Bau neuer Anlagen.

Ebenfalls zu überdenken sind die bestehenden Regelungen für Kraft-Wärme-Kopplung: Einzelne Bundesländer haben unverhältnismäßig hohe Zuschläge für Kraft-Wärme-Kopplung, die die Stromrechnung der Kunden stark erhöhen. Der entscheidende Mangel: Es ist gegenwärtig nur sehr unpräzise festgelegt, welche Kostenanteile von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen auf einen Zuschlag umgelegt werden können. Zusätzlich müsste ein strenges Effizienzkriterium (Qualität der Kraft-Wärme-Kopplung in Hinblick auf den gesamtenergetischen Wirkungsgrad und die Minimierung des CO₂-Ausstoßes) eingeführt werden – nur dann ist eine Förderung gerechtfertigt.

Auch wenn die KWK-Förderung per Gesetz mit Ende 2004 ausläuft: „Die hohen Unterstützungsvolumina - österreichweit über EUR 100 Mio. jährlich - erfordern ein Überdenken der gegenwärtigen Regelungen und der gegenwärtigen Praxis.“, so Walter Boltz.

Walter Boltz resümiert: „Österreich muss sich wie die gesamte Europäische Union und alle industrialisierten Staaten den Anforderungen des Klimaschutzes stellen. Eine Anhebung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern entsprechend den Vorgaben der EU-Richtlinie ist daher ein Muss, auch der Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung dort, wo sie energetisch zweckmäßig eingesetzt wird. In einer

gewissen befristeten Übergangszeit ist eine Förderung dieser Technologien an manchen Stellen notwendig. ABER: Im gegenwärtigen intransparenten System für Österreich mit den unzähligen Bundesländerregelungen und Teilinteressen werden die Ökostromziele nicht erreicht und trotzdem jedes Jahr mindestens 70 Mio. EURO mehr ausgegeben, als in einem effizienten System zur Zielerreichung erforderlich wären.“

Große Preisunterscheide beim Gas innerhalb von Österreich

Einsparpotenzial gegeben – Quersubventionen künftig verhindert

Was beim Strom bereits Realität ist, soll ab Herbst auch für das Gas gelten: der Gasbereich soll zu 100 % liberalisiert werden. Bisher konnten nur Großabnehmer ihren Lieferanten frei wählen, künftig soll dies auch Haushalten und Gewerbebetrieben möglich sein. Österreich ist damit nicht nur bei der Strommarktliberalisierung Spitzenreiter in der EU, sondern wird dies auch beim Gasmarkt sein. Bisher ist in Frankreich der Gasmarkt zu 20 Prozent liberalisiert, in den Niederlanden zu 45 Prozent und in Italien zu 65 Prozent. Eine 100%ige Gasmarktliberalisierung gibt es zum Beispiel bereits in Großbritannien.

Auch bei Haushalten und Gewerbebetrieben Einsparungen möglich

„Derzeit wird häufig über die Einsparpotenziale durch die Gasliberalisierung gesprochen. Von der Branche kommen ja Zweifel, dass hier viel möglich ist. Die E-Control geht aber davon aus, dass es durch die Liberalisierung sehr wohl zu Einsparungen in Millionenhöhe kommen wird.“, ist der Geschäftsführer der Elektrizitäts-Control GmbH, DI Walter Boltz, überzeugt. Großabnehmer konnten schon seit 2000 ihren Nutzen aus der Liberalisierung ziehen, und für sich zum Teil hohe Preisvorteile lukrieren, jetzt wird dies auch für Haushalte und Gewerbebetriebe Realität.

„Beim durchschnittlichen Haushaltskunden mit einem Gasverbrauch von 1.500 m³ im Jahr werden unseren Einschätzungen zufolge die Einsparungen bei etwa 100 Euro pro Jahr liegen, das entspricht einer Gesamteinsparung von etwa 100 Millionen Euro pro Jahr für die österreichischen Haushalte. Durch eine verstärkte Weitergabe von bereits erzielten und zukünftigen Effizienzsteigerungen in den Erdgasunternehmen kann dieser Betrag noch höher ausfallen.“, so Walter Boltz weiter.

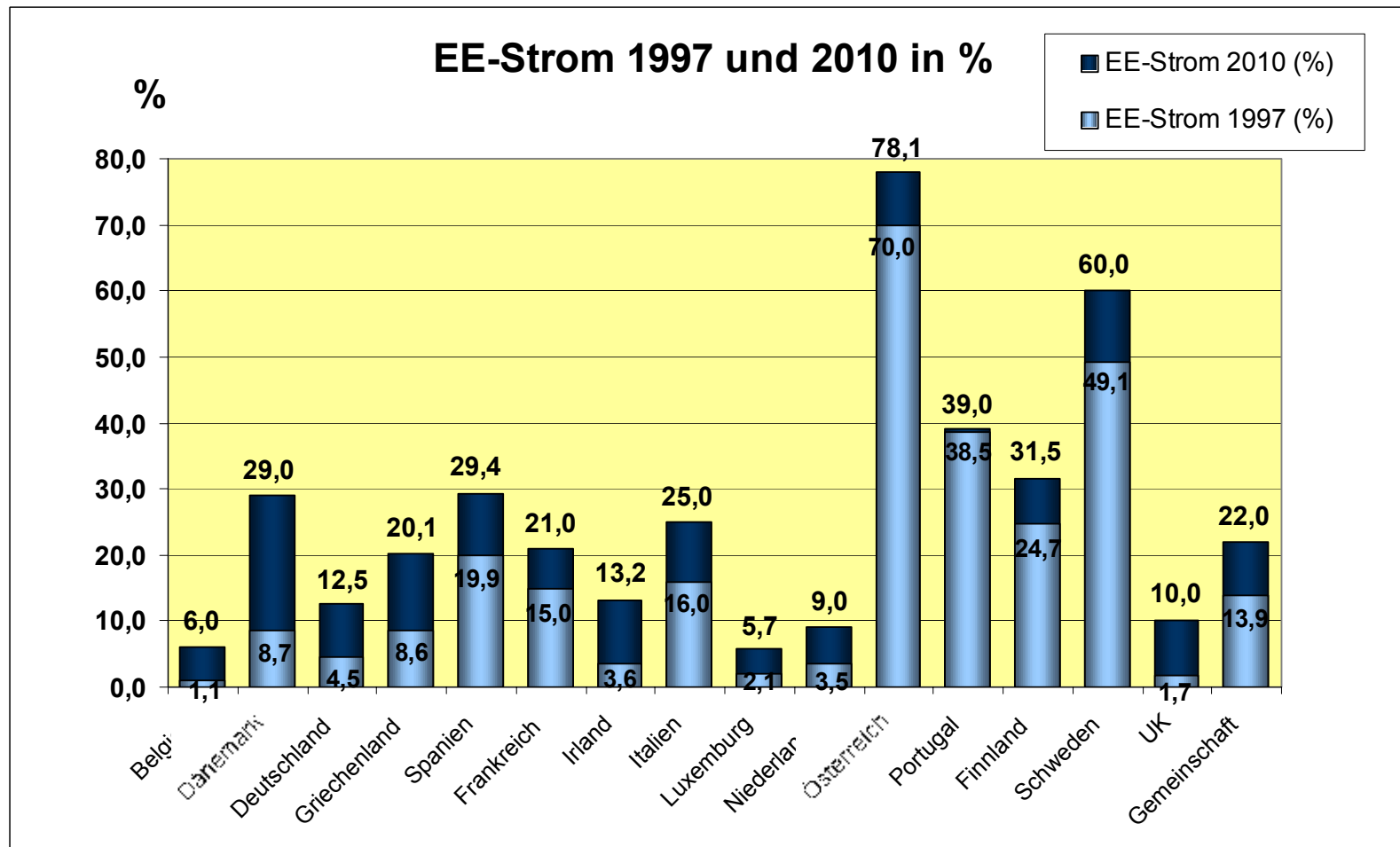
Auch die Einsparpotenziale für Gewerbebetriebe können sich sehen lassen. „Für die kleinen und mittleren Unternehmen Österreichs gehen wir von einer Kostenersparnis von insgesamt etwa 62 Millionen Euro pro Jahr aus. Bei allen Schätzungen und Berechnungen aber darf nicht vergessen werden, dass es natürlich zu Änderungen bei diesen Zahlen kommen kann, wenn die Rohölpreise sinken oder steigen sollten.“

Schließlich sind die Gaspreise an die Heizölpreise gekoppelt, und eventuelle Änderungen werden mit einer zeitlichen Verzögerung von rund sechs Monaten an die Gaskunden weitergegeben.“

Große Preisunterschiede

Auffallend sind in Österreich die enormen Preisunterschiede der einzelnen Gasversorgungsunternehmen. So gibt es beispielsweise zwischen dem günstigsten Stadtwerk und dem teuersten Stadtwerk eine Differenz von 37 Prozent, zwischen der günstigsten Landesferngasgesellschaft und der teuersten eine Differenz von 28 Prozent. „Umgerechnet auf einen Haushalt mit 1.500 m³ Jahresverbrauch macht diese Differenz immerhin 240 Euro pro Jahr aus! Ich kann mir diese Unterschiede nur durch enorme Quersubventionen bei einigen Gasversorgen erklären.“, kritisiert Walter Boltz. „Solche Quersubventionen werden dank der Liberalisierung künftig nicht mehr möglich sein.“, so Walter Boltz abschließend.

EU-Ziele für Stromproduktion aus Erneuerbaren Energieträgern



Treibhausgasemissionen Österreich

Emissionen in Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent

	1990	1999	Ziel „2010“ ¹
Industrie (inkl. prozessbedingter Emissionen)	20,40	20,81	
Verkehr (CO ₂)	13,90	18,23	
Kleinverbrauch (vor allem Raumwärme)	13,83	13,40	
Stromerzeugung und Fernwärme	12,38	11,37	
Abfall: CH ₄ in CO ₂ -Äqu.	6,24	5,33	
Landwirtschaft: Summe CH ₄ +N ₂ O in CO ₂ -Äqu.	5,59	4,96	
3 Sonstige THG 1995 und 1998	1,74	1,63	
Sonstige (CO ₂)	2,66	3,06	
Sonstige (N ₂ O + CH ₄)	0,43	0,45	
SUMME Ist-Emissionen	77,17	79,22	67,14 (- 13%)

¹Mittel der Werte 2008 bis 2012

Quellen: Umweltbundesmat, BMLFUW

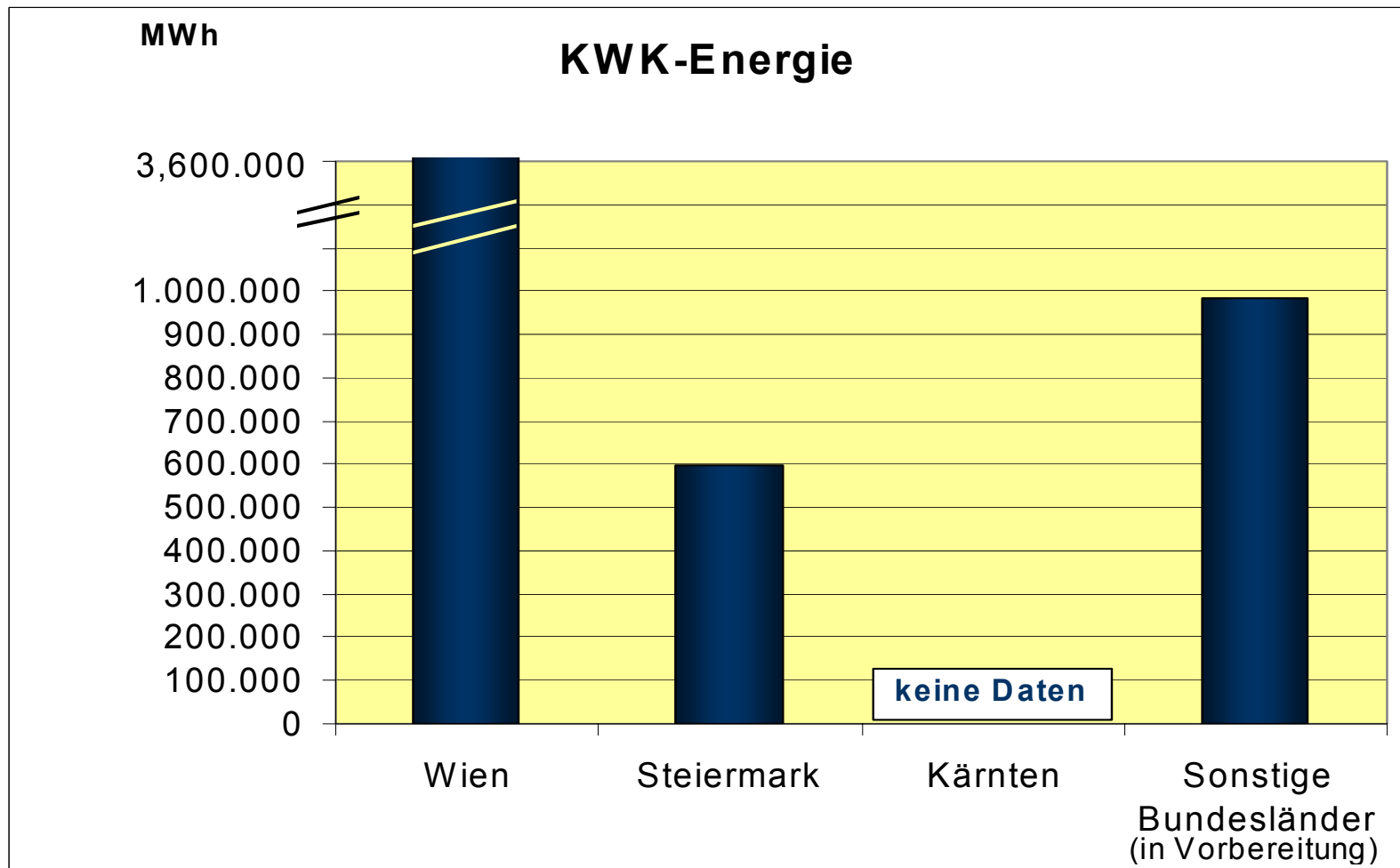
KWK-Energie

Bundesland	Status	Einspeisetarif Cent/ kWh	Zuschlag Cent/ kWh
Wien	Beschlossen	5,2019	0,7427
Stmk.	Beschlossen	5,11 – 11,63	0,217
Kärnten	Beschlossen	4,0 – 5,8	0,14 *

*Summe Ökostrom-Zuschlag plus KWK-Zuschlag

*Weiters sind KWK-Zuschläge geplant in
Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Burgenland*

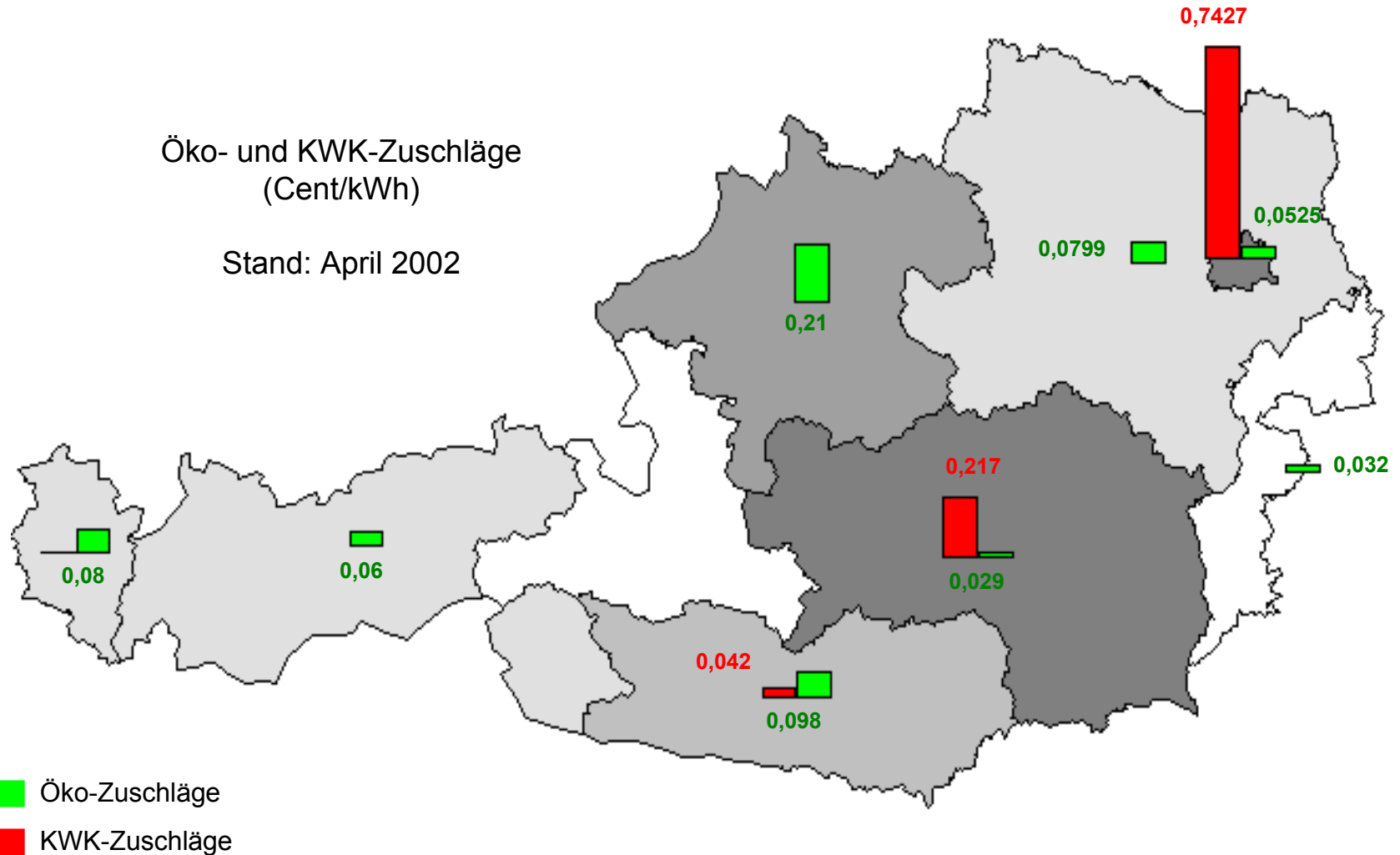
KWK-Energie



Öko- und KWK-Zuschläge

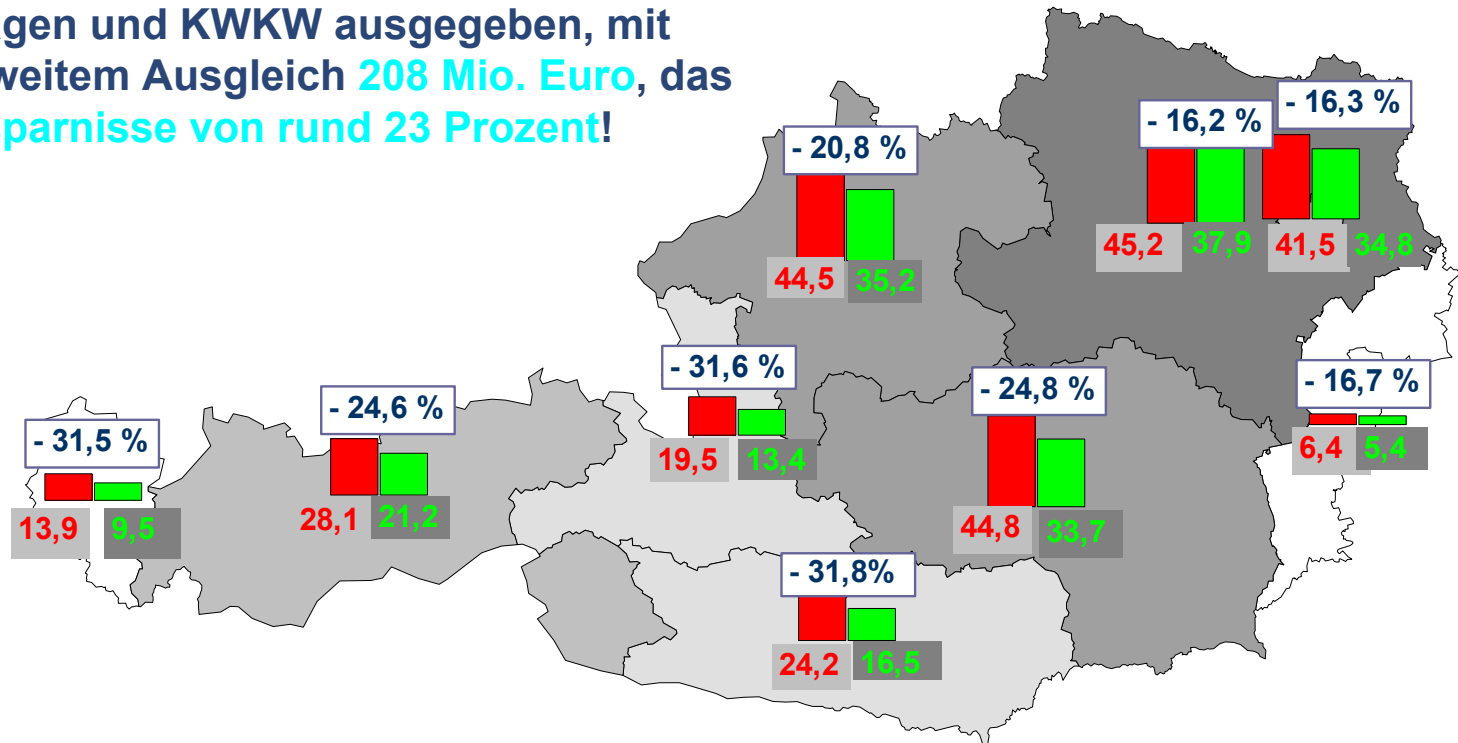
Öko- und KWK-Zuschläge
(Cent/kWh)

Stand: April 2002



KWKW + Ökoanlagen – Ausgaben pro Bundesland

Österreichweit werden ohne bundesweiten Ausgleich rund **270 Mio. Euro** pro Jahr für Ökoanlagen und KWKW ausgegeben, mit bundesweisem Ausgleich **208 Mio. Euro**, das sind **Ersparnisse von rund 23 Prozent!**



■ ohne bundesweisem Ausgleich

■ mit bundesweisem Ausgleich